

Health & Consumer Voice

Sonderausgabe - Mai 2005

ISSN 1725-7395

Die EU führt ihren Kampf gegen das Rauchen fort

Kommissar Markos Kyprianou hat eine neue EU-weite Kampagne gegen das Rauchen gestartet und eine Regelung erlassen, die es den EU-Mitgliedstaaten gestattet, Warnbilder auf Zigarettschachteln anzubringen. Der EU-Kommissar fordert rauchfreie öffentliche Räume in der gesamten EU.

Mit einem Treffen Heranwachsender vor dem Bernabéu-Stadion in Madrid, wo vom 4. bis zum 9. April ein übergroßer aufblasbarer Würfel mit dem Slogan „HELP – Por una vida sin tabaco“ (wörtlich „HILFE – Für ein Leben ohne Tabak“) Station machte, wurde in Spanien die neue EU-Kampagne gegen das Rauchen öffentlich vorgestellt. Verteilt wurde dabei umfangreiches PR-Material zur Kampagne, und es wurde eigens eine Pressekonferenz einberufen, an der hohe spanische Regierungsbeamte, Gesundheitsexperten und Vertreter von Gruppierungen der Zivilgesellschaft teilnahmen.

Die Events in Spanien sind Teil einer EU-weiten Roadshow im Rahmen der HELP-Kampagne, zu der Markos Kyprianou, EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, am 1. März dieses Jahres den Auftakt gab. Bis Anfang Juli wird die mobile Schau alle 25 EU-Hauptstädte bereisen.

In diesem Monat hat Kommissar Kyprianou die nächste Phase der Kampagne vorgestellt: eine EU-weite TV-Kampagne mit Spots, in denen das tödliche Laster mit Namen Rauchen „entnormalisiert“ werden soll. Dadurch, dass die Fernsehspots drei Alltagsszenen zeigen, in denen Zigaretten durch Trillerpfeifen ersetzt sind, soll vor Augen geführt werden, wie „unnormale“ Rauchen ist und zu welchen Problemen es führt.

Ziel der Kampagne ist es, darauf aufmerk-



Start der
HELP-
Kampagne,
Madrid

sam zu machen, dass es Hilfe für den gibt, der vom Rauchen abhängig, gefährdet oder betroffen ist. In den Fernsehspots werden Raucher und Heranwachsende nicht verurteilt, sondern in den Mittelpunkt gestellt wird die Lächerlichkeit der Zigarette.

Auf einer Pressekonferenz aus Anlass des von den Vereinten Nationen proklamierten Weltnichtrauchertags am 31. Mai stellte Kommissar Kyprianou die neuen Spots vor. Dazu bemerkte er: „Die meisten älteren Raucher wissen, dass es lächerlich ist, Geld für eine Gewohnheit auszugeben, die sie umbringt. Junge Menschen hingegen sind anfälliger für die von der Tabakindustrie ausgehende Sogwirkung und geraten leicht unter den Druck, von ihren Altersgenossen als „cool“ akzeptiert zu werden. Die Fernsehspots zielen darauf ab, der Tabakindustrie den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie zeigen, dass Rauchen nicht „cool“ oder glamourös, ja nicht einmal normal ist. Die Kampagne versucht auf humorvolle Weise deutlich zu machen, wie lächerlich Rauchen in Wirklichkeit ist, und gleichzeitig eine ernsthafte Botschaft zu übermitteln: dass es nämlich Hilfe gibt für Menschen, die ein Leben ohne Tabak führen wollen.“

Die drei Spots zeigen einen Teenager unter dem Druck seiner Altersgenossen, mit dem Rauchen anzufangen, einen erwachsenen Raucher, der aufhören möchte, und einen Nichtraucher, der auf einer Party den Rauch anderer ertragen muss. In allen drei Fällen werden die Raucher aber mit Trillerpfeifen statt Zigaretten dargestellt. Umfangreiche Vorabtests ergaben, dass die Zielgruppen eindeutig die Absicht verstanden haben, das Rauchen der Lächerlichkeit preiszugeben.

Die Spots klingen mit dem Hinweis aus, dass es Hilfe gibt, und nennen die Webadresse der HELP-Kampagne: www.help-eu.com. Diese Website informiert in den 20 Sprachen der EU darüber, wie man mit dem Rauchen aufhören und dem Druck, mit dem Rauchen anzufangen, widerstehen kann. Verwiesen wird ferner auf Organisationen in allen 25 EU-Mitgliedstaaten, die bei Problemen mit dem Rauchen helfen können.

Die Fernsehspots werden in zwei Staffeln ausgestrahlt: Die erste beginnt am 7. Juni, die zweite im September.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/Tobacco/tobacco_de.htm



„HELP – Für ein rauchfreies Leben“

Im März 2005 hat die EU eine neue, groß angelegte Sensibilisierungs- und Informationskampagne gestartet, die sich auf alle 25 EU-Mitgliedstaaten erstreckt.

Die Kampagne „HELP – Für ein rauchfreies Leben“ richtet sich in erster Linie an Jugendliche (15-18 Jahre) und an junge Erwachsene (18-33 Jahre).

Die Kampagne verfolgt folgende drei vorrangige Anliegen:

- Propagierung einer Lebensweise ohne Tabak unter Jugendlichen
- Hilfe für Raucher, die von der Zigarette loskommen möchten
- Hinwirken auf ein generelles Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden

Durchgeführt wird die Kampagne in enger Zusammenarbeit mit nationalen und lokalen Anti-Raucher-Organisationen über den europäischen Dachverband ENSP (European Network for Smoking Prevention).

Für die Kampagne, die mit einem Etat von 72 Mio. Euro für den Vierjahreszeitraum von 2005-2008 ausgestattet ist, werden verschiedene Medien im Verbund eingesetzt, um den erhofften Impact zu erzielen: Roadshow, TV-Spots, Presseartikel, Internet und europaweite Events.

Roadshow: Die HELP-Roadshow macht im Laufe einer viermonatigen Tour, die im März gestartet ist und bis Anfang Juli 2005 dauert, in allen 25 EU-Hauptstädten und vor dem Europäischen Parlament in Straßburg Halt. Überall dort, wo die Roadshow Station macht, findet eine Pressekonferenz für die Journalisten des besuchten Gastlandes statt.

TV-Spots: Ausgestrahlt werden ab Juni in allen 25 Mitgliedstaaten je drei TV-Spots zu den Themen der HELP-Kampagne: Prävention; Mit dem Rauchen aufhören; Gefahren des Passivrauchens.

Website: www.Help-eu.com

Die Website bietet den Bürgern und Bürgerinnen der EU praktische Informationen in ihrer Sprache an. Außerdem enthält sie Links zu Organisationen, die all denen helfen können, die mit dem Rauchen aufhören oder erst gar nicht

damit anfangen möchten. Die Website ist als Forum für die jüngere Generation gedacht, mit speziellen Contents nicht nur für Heranwachsende, sondern auch von Heranwachsenden.

Europaweite Events: Über die gesamte Laufzeit der Kampagne verteilt finden spezielle Veranstaltungen statt. So soll 2005 ein beratendes Gremium für Jugendliche eingerichtet werden, in dem sich dann Vertreter aus allen Mitgliedstaaten treffen und gemeinsam als Plattform agieren können, die mit Fachleuten und Politikern über Themen wie Prävention und Raucherentwöhnung debattiert.

Vorabtests: In einer Vorabtest-Phase während der Produktion der TV-Spots gegen das Rauchen konnten an die 400 Personen aus 38 Zielgruppen in 20 EU-Ländern zum Rauchen befragt werden. Die Ergebnisse der Untersuchung sind in einer Datenbank gespeichert, die Aufschlüsse gibt über Verhaltensweisen



Kommissar Kyprianou beim Start der Kampagne in Brüssel

und Einstellungen in Sachen Tabakmissbrauch. Erstes Fazit der Erhebung: Es soll geprüft werden, inwiefern eine möglichst effektive Informationskampagne zum Thema Tabak in ganz Europa durchgeführt werden könnte.

Rauchen – Häufigste Todesursache in Europa

Rauchen verursacht nach wie vor mit Abstand die meisten vermeidbaren Todesfälle in Europa, trotz aller Fortschritte bei der Bekämpfung des Tabakmissbrauchs. Eine der dringlichsten Prioritäten der EU-Politik für öffentliche Gesundheit ist deshalb weiterhin, die Zahl der Raucher in Europa einzudämmen. Eine besonders wichtige Zielgruppe der Präventivmaßnahmen sind Jugendliche, da 80 % aller Raucher im jugendlichen Alter mit dem Rauchen begonnen haben.

In der EU sterben alljährlich über 650 000 Menschen an Krankheiten, die durch das Rauchen bedingt sind. Damit ist jeder siebte Todesfall in der EU auf Rauchen zurückzuführen.

Wenn auch allgemein – aber nur langsam – in den meisten Ländern der Tabakverbrauch rückläufig ist, gibt dennoch die Tatsache, dass immer mehr Jugendliche – speziell junge Frauen – zur Zigarette greifen, weiterhin Anlass zur Besorgnis.

Langfristig sterben 50 % aller Raucher an den Folgen ihres Tabakkonsums. Krebs (43 %), Herz-/Kreislauferkrankungen (28 %) und Atemwegserkrankungen (18 %), die auf das Rauchen zurückzuführen ist, stellen mit Abstand die wichtigsten Ursachen tödlicher Erkrankungen dar.

In der EU der 25 sind Raucher, die an den Folgen des Tabakmissbrauchs sterben, im Durchschnitt 14 Jahre jünger als Nichtraucher. Diese rein statistische Angabe sagt allerdings nichts darüber aus, dass viele Raucher bereits vor dem 60. Lebensjahr an den Folgen des Rauchens sterben bzw. dass 13 Millionen EU-Bürger an

schweren chronischen Gesundheitsschäden leiden, die durch das Rauchen bedingt sind.

Nicht nur, dass jeder zweite Raucher an den Folgen seines Lasters stirbt; Rauchen ist ebenso lebensbedrohlich für Nichtraucher. Eine im April 2004 im British Medical Journal veröffentlichte Studie unterstreicht die verheerenden Folgen des Passivrauchens. Nach Angabe der Autoren der Studie liegt bei Erwachsenen, die mit einem Raucher oder einer Raucherin zusammen leben, auch wenn sie selbst nie geraucht haben, die Sterblichkeitsrate um 15 % höher.

Schätzungen zufolge belaufen sich die Kosten für durch das Rauchen bedingte Krankheiten in der EU auf 1 % bis 1,4 % des BIP der Europäischen Union – bezogen auf Kosten für ärztliche Behandlung, Ausfallzeiten und wirtschaftliche Folgekosten durch vorzeitige Todesfälle. Mit anderen Worten: Das Rauchen kostet die EU jährlich bis zu 100 Mrd. Zu dieser Schlussfolgerung gelangt eine von der EU finanzierte Studie, die eine Gruppe von Gesundheitsexperten anhand von Daten für die Jahre 2000-2004 aus einer Vielzahl unterschiedlicher Quellen erstellt hat.

Die Studie hat bestätigt, welcher Stellenwert den Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung des Tabakmissbrauchs zukommt. Zu den Maßnahmen, die im Laufe der Jahre auf EU-Ebene durchgeführt wurden, gehören u.a. Aktionen zur Gesundheitsförderung, Rechtsvorschriften, die Unterstützung von Netzen zur Bekämpfung des Tabakkonsums und internationale Verhandlungen bei der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Maßnahmen zur Bekämpfung des Tabakmissbrauchs und ihre Auswirkungen auf die Zahl der Raucher

Vielen Mitgliedstaaten ist es gelungen, das Phänomen des Rauchens mit Hilfe staatlicher Regelungen drastisch einzudämmen: Dementsprechend ging der Anteil der Raucher am stärksten in den Mitgliedstaaten zurück, die die

strengsten Maßnahmen getroffen haben: Island, das Vereinigte Königreich, Irland und Norwegen.

Den größten Erfolg erzielten die Länder, die gleich ein ganzes Maßnahmenbündel

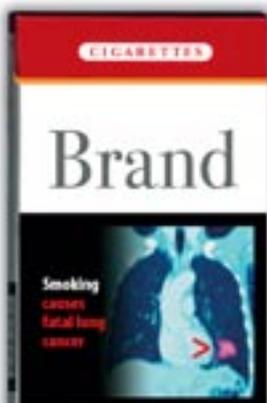
zur Bekämpfung des Tabakkonsums anwenden. Anti-Tabak-Regelungen sollten möglichst umfassend sein und gleichzeitig die unterschiedlichsten Aspekte abdecken wie z. B. Preispolitik/ Besteuerung, Rauchverbot am Arbeitsplatz / in öffentlichen Räumen, Finanzierung über einen Gesamtetat, Werbeverbot, Kennzeichnung/ Gesundheitswarnungen und die Behandlung von Nikotinabhängigkeit.

Auswirkungen staatlicher Maßnahmen zur Bekämpfung des Tabakkonsums laut Statistik aus 28 europäischen Ländern, zusammengestellt vom „European Network for Smoking Prevention“

Art der Maßnahme	Auswirkungen auf Prävalenz
Anhebung der Preise	Rückgang der Nachfrage um 4 % in Ländern mit hohem Volkseinkommen durch Verteuerung um 10 %.
Rauchverbot in öffentlichen Räumen und am Arbeitsplatz	Rückgang um 5 – 10 % durch Rauchverbot am Arbeitsplatz; Rückgang von 2 – 4 % durch Rauchverbot in Gaststätten und an anderen öffentlichen Orten.-
Werbeverbot	Rückgang um 6 % bei absolutem Rauchverbot.
Gesundheitswarnungen auf Zigarettschachteln	Niederlande: 28 % aller 13- bis 18-Jährigen erklärten, infolge der neuen Gesundheitswarnungen weniger zu rauchen. Belgien: 8 % der Befragten gaben an, aufgrund der neuen Warnungen weniger zu rauchen.
Medien-Kampagnen	Rückgang der Raucherquoten um 5-10 %, je nachdem, inwiefern Kampagnen auf die spezifischen Zielgruppen zugeschnitten sind.
Anordnung von Entwöhnungsmaßnahmen/ Bezuschussung der Behandlung	Rückgang um 1-2 % nach 2 Jahren, je nach Spektrum des erfassten Personenkreises.

Quelle: „Effective tobacco control policies in 28 European countries“, European Network for Smoking Prevention, 2004

Als Folge der Maßnahmen zur Bekämpfung des Tabakmissbrauchs auf EU-Ebene wie auch in den einzelnen Mitgliedstaaten ging die Zahl der Raucher in den letzten 20 Jahren in 22 der 25 EU-Länder kontinuierlich zurück. Besonders stark rückläufig war in vielen Ländern die Zahl der Männer, die rauchen. Während beispielsweise 1996 in Polen noch 54 % der männlichen Bevölkerung rauchte, betrug dieser Anteil im Jahr 2003 nur noch 39 %. In Dänemark waren dies 1985 noch 51 %, 2003 aber nur mehr 30 %. Im gleichen Zeitraum (1985 – 2003) sank in Frankreich die Raucherquote in der männlichen Bevölkerung von 50 auf 36 %, im Vereinigten Königreich fiel sie von 35 auf 26 % und in Schweden von 30 auf 16 %. Auch bei den Raucherinnen war über diesen Zeitraum in den meisten Mitgliedstaaten die Quote rückläufig.



© Europäische Gemeinschaften, 2005

Warnbilder auf Zigarettschachteln

Nach einer im Mai von der Kommission getroffenen „Kann-Regelung“ dürfen die Mitgliedstaaten künftig Bildzeichen als Warnhinweise auf Zigarettenpackungen anbringen. Hierzu können sie sich aus einem Bildarchiv bedienen, das die Kommission im Jahr 2004 angelegt hat. Gespeichert sind darin Bilder, die von Fachleuten für Kommunikation gestaltet und vorab an Verbrauchern aus allen 25 EU-Mitgliedstaaten getestet wurden. Zu den Bildmotiven zählen u.a. Aufnahmen von Lungen, die durch Krebs geschwärzt sind, das Foto eines aufgebahnten Leichnams und Aufnahmen von Gebissen, die von Zahnfäulnis befallen sind. Belgien, Irland, Lettland und das Vereinigte Königreich haben bereits wissen lassen, dass sie beabsichtigen, demnächst Warnbilder auf Zigarettschachteln anzubringen.

EU-Maßnahmen zur Bekämpfung des Tabakmissbrauchs:

Anti-Tabak-Vorschriften

- Richtlinie über Tabakerzeugnisse aus dem Jahr 2002

Nach dieser EU-Richtlinie sind deutlich sichtbare, eindringliche Warnungen auf Tabakerzeugnissen, die in der EU verkauft werden, vorgeschrieben (EU-weit zwingend ist diese Regelung seit September 2003). Verboten sind Attribute wie „light“, „ultralight“ und „mild“, die den Eindruck vermitteln, als seien bestimmte Zigaretten weniger gefährlich. Festgeschrieben sind in der Richtlinie auch Höchstwerte für Teer, Nikotin und Kohlenmonoxid in Zigaretten. Außerdem ist mit dieser Richtlinie die Kommission beauftragt worden, eine Bilddatenbank mit Wambildern zur Verdeutlichung der in Textform aufgedruckten Hinweise zu entwickeln.

- Richtlinie über Tabakwerbung aus dem Jahr 2003

Vom 31. Juli 2005 an ist jegliche Werbung im Rundfunk, im Internet und in den Printmedien EU-weit verboten. Untersagt wird mit der Richtlinie auch Sponsoring durch die Tabakindustrie, und zwar bei Veranstaltungen, an denen verschiedene Mitgliedstaaten beteiligt sind oder die in verschiedenen Mitgliedstaaten stattfinden. EU-weit verboten ist Tabakwerbung im Fernsehen bereits durch die Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ aus dem Jahre 1989.

Empfehlung der EU-Gesundheitsminister vom Dezember 2002 zur Prävention des Rauchens und für Initiativen zur verstärkten Bekämpfung des Tabakkonsums

In dieser Empfehlung werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, den Verkauf von Zigaretten an Kinder und Jugendliche zu erschweren, z. B. indem sie den Automatenverkauf in öffentlichen Gebäuden, zu denen Kinder Zugang haben, verbieten, und für den Verkauf von Tabakwaren über das Internet Restriktionen einführen, sowie Tabakwerbung auf Werbeflächen und Markenwerbung mit Bekleidung und sonstigen Werbeartikeln („Merchandising“) verbieten oder zumindest restriktiver regeln und die Bürger vor den Gefahren des passiven Rauchens schützen.

Kampagnen gegen das Rauchen

Durchgeführt wurde 2002 bis 2004 eine erste Informationskampagne mit einem Budget von 18 Mio Euro. Mit dieser Kampagne konnten insgesamt über 1 Milliarde Teenager in der EU angesprochen werden.

„HELP - Für ein rauchfreies Leben“: Neue Anti-Tabak-Kampagne.



Bekämpfung des Zigaretten Schmuggels

Das EU-Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) hat gemeinsam mit den Vollzugsbehörden der Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Bekämpfung des Schmuggels ergriffen. Damit konnten mehrere große Erfolge verbucht werden, unter anderem im Jahre 2004 mit der Aktion „Zeus“, mit der es gelang, einen internationalen Schmugglerring, der illegal Zigaretten nach Italien verbrachte, zu zerschlagen.

Rauchverbot in öffentlichen Räumen

Im Jahr 2002 haben die Gesundheitsminister der EU-Mitgliedstaaten eine Empfehlung der EU über Maßnahmen zum Schutz der Bürger vor dem Passivrauchen verabschiedet. Inzwischen ist auf nationaler Ebene die praktische Umsetzung des eingegangenen politischen Engagements angelaufen: Irland, Italien und Malta haben bereits ein Rauchverbot für öffentliche Räume verhängt, wozu auch Gaststätten und Restaurants gehören. In Schweden tritt ein ähnliches Rauchverbot in diesem Sommer in Kraft. In Erwägung gezogen wird ein Rauchverbot auch im Vereinigten Königreich und in Belgien, während Estland, Lettland, Luxemburg und Spanien daran arbeiten, die gesetzlichen Rauchverbote für öffentliche Räume zu verschärfen.

Einer kürzlich durchgeführten Umfrage zufolge finden 96 % der Iren das in Irland verhängte Rauchverbot gut, und 98 % der Befragten halten ihren Arbeitsplatz seither für gesünder. Die Verstöße gegen

das irische Rauchverbot belaufen sich auf nur 6 %.

Tabakrauch ist von der Weltgesundheitsorganisation als krebserzeugend eingestuft, und die wissenschaftlichen Nachweise über die Gefährlichkeit des passiven Rauchens mehren sich von Jahr zu Jahr. Passivrauchen stellt eine ernsthafte Gefahr für die Gesundheit am Arbeitsplatz dar. Deshalb haben zu Beginn dieses Jahres Ärzte aus ganz Europa ein Manifest verabschiedet, in dem sie für ein rauchfreies Europa plädieren. „Eine unschädliche Exposition gibt es fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge nicht. Selbst die aufwendigsten Entlüftungssysteme können Menschen nicht vor Gesundheitsgefährdung durch indirekten Rauch schützen, und Nichtraucherzonen bieten, wenn überhaupt, nur partiellen Schutz. Leben retten können einzig und allein gesetzliche Rauchverbote“, erklären die Ärzte in ihrem Manifest.

Das „Tabak-Dilemma“ der EU: Subventionen für Tabakerzeuger bei gleichzeitiger Bekämpfung des Rauchens

Die Strategie der Europäischen Kommission für nachhaltige Entwicklung (2001) sieht vor, dass die Bezuschussung des Tabakanbaus schrittweise auslaufen soll.

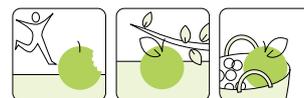
Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU sind intensive politische Beratungen zur Frage der Zweckmäßigkeit einer weiteren Bezuschussung des Tabakanbaus geführt worden (diese Subventionen belaufen sich derzeit auf rund 950 Mio. Euro jährlich). Ursprünglich hatte der Rat beschlossen, von der jährlichen Prämie an die Tabakerzeuger eine Abgabe von höchstens 1 % einzubehalten, die in den gemeinschaftlichen Fonds für Forschung und Information über Tabak fließen sollte. Diese Ausgabe, aus denen der Fonds gespeist wird, wurde inzwischen in drei Etappen auf 3 % (ab 2004) angehoben und das Tätigkeitsspektrum des Fonds ausgeweitet.

Der Tabakfonds finanziert Konversionsprojekte für Tabakerzeuger, die sich auf andere Erzeugnisse oder Erwerbstätigkeiten umstellen (seit 2002), sowie Projekte zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit über die schädliche Wirkung des Tabakkonsums, insbesondere durch Informations- und Bildungsmaßnahmen. Aus diesen Mitteln finanziert wird auch die derzeitige EU-Kampagne gegen das Rauchen.

Die jüngste Reform der Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik sieht eine Trennung zwischen Erzeugung und Subventionen für Tabakerzeuger vor. Diese Entkoppelung soll schrittweise über einen Übergangszeitraum von vier Jahren, der im Jahr 2006 beginnt, erfolgen. Nach dieser Übergangsfrist, d.h. ab 2010, werden Erzeugung und Subventionen für Tabakerzeuger strikt getrennt sein. 50 % der Zuschüsse werden dann in die Einmalprämie an die Tabakerzeuger einfließen, während die übrigen 50 % für Umstrukturierungsprogramme im Rahmen der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes verwendet werden.

WHO-Anti-Tabak-Konvention

In dieser erstmals zustande gekommenen internationalen Konvention im Bereich Gesundheitsschutz verpflichten sich die Unterzeichnerländer weltweit, dem Tribut, den das Rauchen an Menschenleben und Krankheiten fordert, Einhalt zu gebieten. Bei den Verhandlungen zum Abschluss der Konvention hat die EU eine führende Rolle gespielt. Dies erklärt auch, weshalb sich in vielen Kernpunkten der Konvention Bestimmungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten wiederfinden. Plädiert wird in der Konvention für ein allgemeines Tabakwerbeverbot, für eindringliche Gesundheitswarnungen auf Tabakerzeugnissen, für Maßnahmen zum Nichtrauchererschutz und für eine internationale Zusammenarbeit bei der Schmuggelbekämpfung.



Die in Health & Consumer Voice vertretenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Standpunkte der Europäischen Kommission wieder.

Die Wiedergabe von Beiträgen ist – ausgenommen zu gewerblichen Zwecken – unter Angabe der Quelle gestattet.

E-Mail: sanco-newsletter@cec.eu.int

Koordination: Marie-Paule Benassi

Redaktion: Iwona Pajak, Ben Duncan, in Zusammenarbeit mit der GD Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission.

Layout: Deborah MacRae-Ockerman

Website:

http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_de.htm

